

Informationen rund um die Corona-Krise – Hinweis zu Pressemitteilungen mit Daten vor Corona

Das Statistische Landesamt veröffentlicht jährlich mehr als 200 Pressemitteilungen, die ein umfassendes Bild der Strukturen und Entwicklungen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft liefern. Die Veröffentlichung der Zahlen erfolgt mit einigem zeitlichen Abstand zum Berichtszeitraum; denn das Einsammeln der Daten und ihre sorgfältige Aufbereitung nach wissenschaftlichen Grundsätzen kosten Zeit. Deshalb wird im Moment noch über Strukturen und Entwicklungen berichtet, die vor dem Beginn der Corona-Pandemie liegen. Das scheint in einer Situation, in der sich nahezu alle Lebensbereiche tiefgreifend verändern, befremdlich. Diese Zahlen haben jedoch eine wichtige Funktion; sie bilden die Grundlage für die Bewertung der Auswirkungen von Corona in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Deshalb veröffentlicht das Statistische Landesamt Pressemitteilungen mit Vor-Krisen-Ergebnissen. Aber wir arbeiten mit Hochdruck daran, um z. B. die aktuellen Monatserhebungen in den Unternehmen aufzubereiten, die uns zeigen werden, welchen Schaden die Corona-Pandemie in der Wirtschaft angerichtet hat.

Häufig nachgefragte Basisdaten

Seit Ausbruch der Corona-Krise werden Daten zu bestimmten Themengebieten besonders häufig nachgefragt. Dazu gehören die Bereiche „Bevölkerung“, „Gesundheit“, „Soziales, Pflege, Kinderbetreuung“, „Arbeitsmarkt“ sowie „Unternehmen“. Eine Übersicht über diese Bereiche finden Sie unter www.statistik.rlp.de/de/corona/basisdaten/

Aktuelles zur Entwicklung des Corona-Virus

Unter www.statistik.rlp.de/de/corona/aktuelle-entwicklung stellen wir Grafiken und Karten zu ausgewählten

Aspekten der Verbreitung des Corona-Virus in Rheinland-Pfalz dar.

Die ausgewiesenen COVID-19-Fälle beruhen auf Daten, die gemäß Infektionsschutzgesetz an die Gesundheitsämter und von diesen täglich um 0:00 Uhr an das Robert Koch-Institut weitergeleitet werden. Berichtet wird das Meldedatum der COVID-19-Fälle, d. h. das Datum, an dem die Gesundheitsämter erstmals Kenntnis über den Fall erlangten.

Zwischen den Meldungen der Ärztinnen und Ärzte sowie der Labore an die Gesundheitsämter, der Weiterleitung an die zuständigen Landesbehörden und das Robert Koch-Institut können mehrere Tage vergehen (Meldeverzug). Tagesaktuelle Angaben können daher auf einer unvollständigen Datenbasis beruhen. Die mit Verzug gemeldeten Fälle werden nach Bekanntwerden zum ursprünglichen Meldedatum nachgetragen.

Der genaue Infektionszeitpunkt der gemeldeten Fälle ist nicht direkt zu bestimmen. Das Meldedatum stellt die bestmögliche Annäherung an die Feststellung der Infektion (Diagnosedatum) und damit das aktuelle Infektionsgeschehen dar. Aufgrund des Meldeverzugs sollten aus den Daten allein keine kurzfristigen Trends abgeleitet werden.

Informationen zur Corona-Krise

Alle Beiträge zur aktuellen Situation finden Sie hier:





Rückgang der Industrieproduktion im März

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im März 2020 zurückgegangen. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex lag um 3,4 Prozent unter dem Niveau von Februar.

Ein wesentlicher Grund für die Drosselung der Produktion dürften Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sein. So kam es in Teilen der Industrie zu Werkschließungen und Kurzarbeit. Allerdings sind nicht alle drei industriellen Hauptgruppen gleichermaßen betroffen. Starke Einbußen gab es in der Investitionsgüterindustrie, deren Output im März 9,4 Prozent geringer war als im Monat zuvor. Die Ausbringung der Konsumgüterhersteller sank ebenfalls deutlich (–6,2 Prozent). Hingegen steigerte die Vorleistungsgüterindustrie ihren Güterausstoß leicht um 0,5 Prozent.

Zum Produktionsanstieg in der Vorleistungsgüterindustrie leistete die Chemiebranche einen wesentlichen Beitrag. Die umsatzstärkste Industriebranche erhöhte ihre Ausbringung um 2,4 Prozent. Massive Einbußen mussten die Hersteller von Kraftwagen- und Kraftwagenteilen hinnehmen, die zur Investitionsgüterindustrie zählen und gemessen am Umsatz die zweitgrößte Industriebranche bilden. Ihr Güterausstoß

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	März 2020		Jan. bis März 2020
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Feb. 2020	März 2019	Jan. bis März 2019
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-3,4 % ↓	-10,3 % ↓	-10,2 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	0,5 % ↗	-2,3 % ↓	-5,1 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-9,4 % ↓	-31,1 % ↓	-24,3 % ↓
Konsumgüterproduzenten	-6,2 % ↓	-1,7 % ↘	-4,6 % ↓
Chemie	2,4 % ↑	2,3 % ↑	-3,0 % ↓
Fahrzeugbau	-24,0 % ↓	-57,4 % ↓	-46,4 % ↓
Maschinenbau	-4,0 % ↓	-15,8 % ↓	-11,0 % ↓
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-1,6 % ↘	-2,4 % ↓	-3,0 % ↓
Inland	5,8 % ↑	-1,4 % ↘	-7,4 % ↓
Ausland	-5,9 % ↓	-3,1 % ↓	-0,1 % ↘
Vorleistungsgüterproduzenten ²	0,7 % ↗	-2,6 % ↓	-3,8 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-3,0 % ↓	-3,8 % ↓	-3,5 % ↓
Konsumgüterproduzenten	-5,1 % ↓	2,1 % ↑	1,6 % ↗
Chemie	0,1 % ↗	0,5 % ↗	-0,9 % ↘
Fahrzeugbau	5,5 % ↑	-5,7 % ↓	-9,7 % ↓
Maschinenbau	-9,3 % ↓	-1,0 % ↘	3,3 % ↑

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – ² Einschließlich Energie.

brach im März um 24 Prozent ein. Der Maschinenbau, der auch zur Investitionsgüterindustrie gehört und unter den Industriebranchen an dritter Stelle steht, drosselte seine Produktion ebenfalls (–4 Prozent).

Die Industrieproduktion lag im März 2020 deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats (–10 Prozent). In der Investitionsgüterindustrie reduzierte

sich die Ausbringung um fast ein Drittel. Dazu trug der Einbruch der Kraftwagen- und Kraftwagenteileproduktion bei, die sich gegenüber März 2019 mehr als halbierte. Auch der Maschinenbau produzierte wesentlich weniger als im Vorjahresmonat. Vergleichsweise geringe Einbußen gab es in der Konsumgüter- und in der Vorleistungsgüterproduktion. Die

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





Chemieindustrie konnte ihren Output sogar leicht steigern.

Sinkende Auftragseingänge in der Industrie im März durch schwaches Auslandsgeschäft

Im März 2020 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gesunken. Nach Berechnungen lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftrags-eingangindex 1,6 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Zwar stiegen die Bestellungen aus dem Inland um 5,8 Prozent, das Ordervolumen aus dem Ausland fiel jedoch um 5,9 Prozent geringer aus als im Februar. Vor allem das Geschäft mit den euro-

päischen Ländern dürfte durch die Corona-Pandemie beeinträchtigt worden sein.

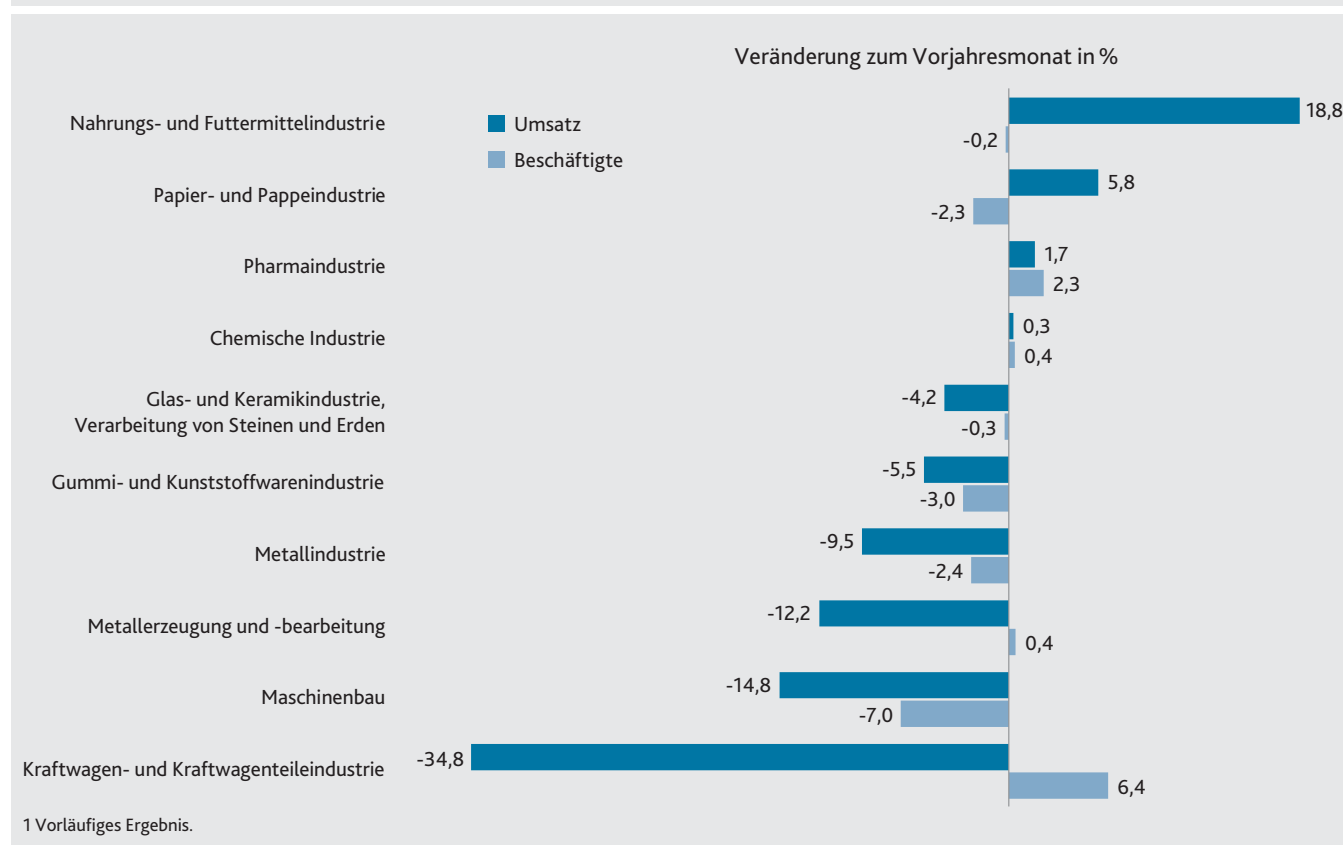
Die drei industriellen Hauptgruppen entwickelten sich unterschiedlich. Während in der Investitionsgüter- und in der Konsumgüterindustrie weniger Aufträge eingingen als im Vormonat (-3 bzw. -5,1 Prozent), legte die Nachfrage nach Vorleistungsgütern leicht zu (+0,7 Prozent).

Kräftige Einbußen musste der Maschinenbau hinnehmen. In dieser Branche schrumpfte das Ordervolumen im März um 9,3 Prozent. In der Chemieindustrie blieben die Bestellungen gegenüber dem Vormonat fast unver-

ändert (+0,1 Prozent). Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verbuchten eine deutliche Nachfragesteigerung (+5,5 Prozent).

Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat waren die Auftragseingänge rückläufig. Sie lagen 2,4 Prozent unter dem Niveau von März 2019. Aus dem In- und Ausland gingen weniger Bestellungen ein (-1,4 bzw. -3,1 Prozent). Während das Ordervolumen in der Vorleistungsgüter- und in der Investitionsgüterindustrie abnahm, wurden Konsumgüter etwas stärker nachgefragt als im März 2019. Einem leichten Zuwachs in der Chemiebranche standen im Fahrzeugbau und im

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im März 2020¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen





Maschinenbau rückläufige Auftrags-
einzüge gegenüber.

Industrieumsätze gehen im März deutlich zurück

Die Umsätze in der rheinland-pfälzischen Industrie sind im März 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich eingebrochen. Die Umsätze lagen um 7,4 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor (Deutschland: -7,7 Prozent). Auch aufgrund der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen fiel der Rückgang bei der Zahl der Beschäftigten in der Industrie mit 0,9 Prozent deutlich geringer aus (Deutschland: -1,3 Prozent).

Die Umsatzerlöse lagen im März 2020 bei 7,9 Milliarden Euro. Die Umsatzentwicklung wurde maßgebend von den einbrechenden Auslandsgeschäften geprägt: Im Vergleich zum Vorjahresmonat betrug das Minus elf Prozent. Der Rückgang der Inlandsgeschäfte lag bei 2,1 Prozent (Deutschland: Inlandsumsatz -4,7 und Auslandsumsatz -10 Prozent). Die negative Entwicklung der Erlöse im Ausland führt zu einer deutlich niedrigeren Exportquote: Sie lag im März 2020 mit 55,3 Prozent um 2,5 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres.

Von den Auswirkungen der Corona-Pandemie waren nicht alle Branchen gleichermaßen betroffen: Trotz Krise konnten vier der zehn umsatzstärksten Industriezweige eine positive Entwicklung verbuchen. Mit einem Plus von 19 Prozent lagen die Umsätze im März 2020 bei den Herstellern von

Nahrungs- und Futtermittel deutlich über denen des Vorjahresmonats. Ein Umsatzplus von 5,8 Prozent gab es in der Papier- und Pappeindustrie. Dagegen mussten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit einem Minus von 35 Prozent einen gravierenden Umsatzeinschnitt verbuchen. Auch im Maschinenbau reduzierten sich die Umsätze im März 2020 mit -15 Prozent merklich.

In den ersten drei Monaten 2020 gingen die Erlöse im Verarbeitenden Gewerbe um 4,8 Prozent zurück. Der Rückgang der Inlandsumsätze fiel mit -2,2 Prozent geringer aus als der bei den Auslandsumsätzen (-6,7 Prozent). Die Beschäftigungseinbußen

beliefen sich im ersten Quartal auf 0,5 Prozent.

Im März 2020 wurden rund 259 600 Beschäftigte gezählt; das waren knapp 2 400 bzw. 0,9 Prozent weniger als ein Jahr zuvor (Deutschland: -1,3 Prozent). Vier der zehn bedeutendsten Industriezweige – gemessen am Umsatz – wiesen eine positive Entwicklung auf. Das größte Plus verzeichneten die Hersteller von Kraftwagen- und Kraftwagenteilen (+6,4 Prozent), dahinter folgte die pharmazeutische Industrie (+2,3 Prozent). Die größten Rückgänge bei der Belegschaft gab es im Maschinenbau (-7 Prozent).

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	März 2020		Jan. bis März 2020
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Feb. 2020	März 2019	Jan. bis März 2019
Auftragseingang	-13,4 % ↓	-5,7 % ↓	-0,9 % ↘
Hochbau insgesamt	-23,0 % ↓	-5,6 % ↓	-1,6 % ↘
Wohnungsbau	-21,6 % ↓	0,8 % ↗	10,1 % ↑
gewerblicher Hochbau	-20,2 % ↓	-17,2 % ↓	-10,5 % ↓
öffentlicher Hochbau	-31,4 % ↓	19,2 % ↑	2,9 % ↑
Tiefbau insgesamt	-3,6 % ↓	-5,7 % ↓	-0,3 % ↘
gewerblicher Tiefbau	-2,3 % ↓	-16,2 % ↓	-21,1 % ↓
Straßenbau	-1,8 % ↘	1,6 % ↗	6,8 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-7,6 % ↓	-9,4 % ↓	6,5 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	7,3 % ↑	13,9 % ↑	10,5 % ↑
Hochbau insgesamt	9,3 % ↑	16,3 % ↑	9,4 % ↑
Wohnungsbau	20,1 % ↑	26,2 % ↑	9,9 % ↑
gewerblicher Hochbau	0,1 % ↗	2,9 % ↑	3,3 % ↑
öffentlicher Hochbau	11,4 % ↑	34,0 % ↑	25,7 % ↑
Tiefbau insgesamt	5,4 % ↑	11,7 % ↑	11,6 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-2,2 % ↓	12,7 % ↑	19,1 % ↑
Straßenbau	6,0 % ↑	8,9 % ↑	7,6 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	11,2 % ↑	15,6 % ↑	12,5 % ↑

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.



Weniger Aufträge, höhere Umsätze im Bauhauptgewerbe

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im März 2020 weniger Aufträge und höhere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge gingen zu Beginn der Corona-Krise im Vergleich zum Februar 2020 – kalender- und saisonbereinigt – um 13 Prozent zurück. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich um 7,3 Prozent. Gegenüber dem ersten Quartal 2019 verringerte sich das Ordervolumen leicht um 0,9 Prozent. Der Umsatz stieg dagegen um 10,5 Prozent.

Im Vergleich zum Februar 2020 blieben die bereinigten Auftragseingänge im Hochbau um 23 Prozent hinter dem Vormonatsergebnis zurück. Im Tiefbau sank die Nachfrage um 3,6 Prozent. Die negative Entwicklung zeigt sich in allen Baubereichen. Den stärksten Auftragseinbruch verzeichnete der öffentliche Hochbau (–31 Prozent). Für den Wohnungsbau

sowie für den gewerblichen Hochbau errechnen sich ebenfalls kräftige Rückgänge (–22 bzw. –20 Prozent). Die geringsten Einbußen wiesen der Straßenbau sowie der gewerbliche Tiefbau auf (–1,8 bzw. –2,3 Prozent). Gegenüber dem ersten Quartal 2019 wurden sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau leichte Nachfragerückgänge registriert (–0,3 bzw. –1,6 Prozent).

Im Vergleich zum Februar 2020 erhöhten sich die bereinigten Erlöse sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau (+9,3 bzw. +5,4 Prozent). Mit Ausnahme des gewerblichen Tiefbaus (–2,2 Prozent) stiegen die Umsätze in allen Baubereichen. Die stärkste Verbesserung gab es im Wohnungsbau (+20 Prozent). Im öffentlichen Hochbau sowie im sonstigen öffentlichen Tiefbau lagen die Umsätze ebenfalls klar über dem Vormonatsergebnis (+11 Prozent). Gegenüber dem ersten Quartal 2019 zogen die baugewerblichen Umsätze sowohl im Tiefbau

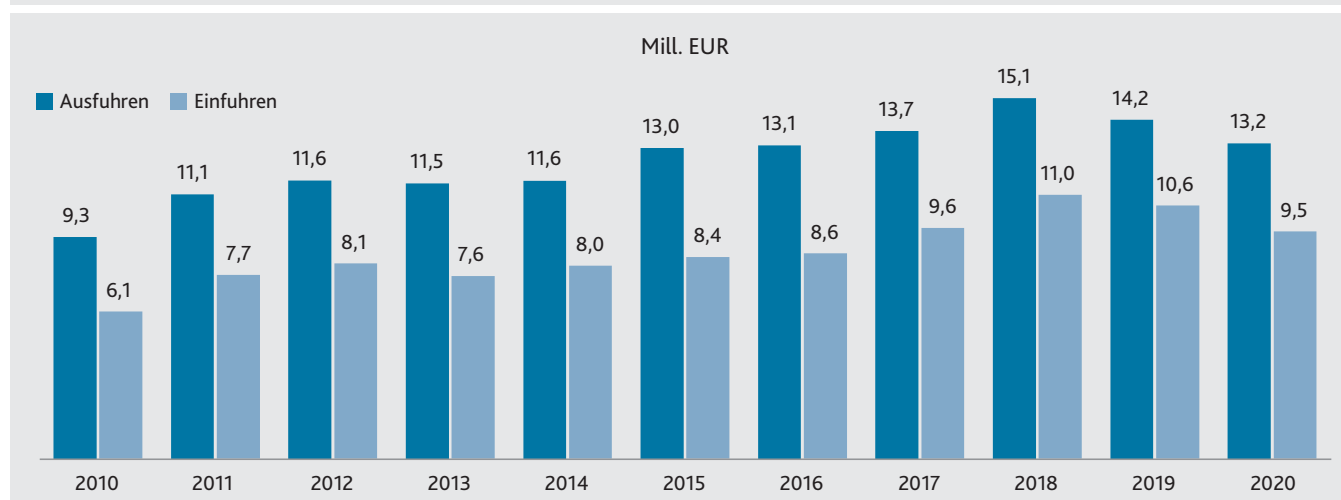
als auch im Hochbau deutlich an (+12 bzw. +9,4 Prozent).

Aus- und Einfuhren im März 2020 rückläufig

Der rheinland-pfälzische Außenhandel verzeichnete im März 2020 deutlich schwächere Werte als noch ein Jahr zuvor. Nach vorläufigen Angaben belief sich der Wert der Ausfuhren auf 4,34 Milliarden Euro; das waren 9,4 Prozent weniger als im Vergleich zum Vorjahresmonat (Deutschland: –7,7 Prozent). Der Wert der Einfuhren brach dabei mit –13 Prozent noch deutlicher ein, hier wurden Waren im Wert von 3,12 Milliarden Euro importiert (Deutschland: –4,4 Prozent).

Die Entwicklung der Ausfuhren ist nahezu in allen Bereichen negativ. Ein großer Teil des Exportrückgangs geht auf den Handel mit den Ländern der Eurozone zurück. In die Euroländer wurden im März 2020 mit 1,7 Milliarden Euro deutlich weniger Waren geliefert (–12 Prozent). Dieses Minus

Ausfuhren und Einfuhren von Januar bis März 2010–2020





ist u. a. auf die deutlich gesunkenen Exporte nach Frankreich zurückzuführen (–24 Prozent). Der Außenhandel mit EU-Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, sank um 9,9 Prozent auf 556 Millionen Euro. Insgesamt nahmen die Ausfuhren in die EU-Länder um zwölf Prozent auf 2,3 Milliarden Euro ab. In europäische Länder außerhalb der EU wurden mit 586 Millionen Euro deutlich weniger Waren geliefert (–20 Prozent).

Die Ausfuhren nach Asien stiegen um 2,3 Prozent auf 722 Millionen Euro. Der Wert der auf den amerikanischen Kontinent exportierten Waren stieg um 3,4 Prozent auf 626 Millionen Euro. Die Lieferungen nach Australien und Ozeanien erhöhten sich um elf Prozent auf 43 Millionen Euro. Die Exporte nach Afrika sanken deutlich. Hier wurde fast ein Drittel weniger Waren exportiert als im Vergleich zum Vorjahresmonat (–33 Prozent).

In den sechs Güterabteilungen, die für den Export eine große Bedeutung haben, waren in vier Abteilungen Rückgänge zu verzeichnen. Besonders stark sank der Wert der Ausfuhr von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–41 Prozent). Die pharmazeutischen Erzeugnisse sowie die chemischen Erzeugnisse verzeichneten jeweils ein Plus, hier stiegen die Ausfuhren um zwölf bzw. 7,9 Prozent.

Der größte Teil des Importrückgangs geht auf die Einfuhren aus den EU-Mitgliedstaaten zurück. Hier wurden 1,88 Milliarden Euro an Waren eingeführt, was einen Rückgang um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat

bedeutet. Am deutlichsten war der Rückgang bei den Ländern der Eurozone (–19 Prozent). Dieses Minus ist auf den starken Rückgang von Einfuhren aus Spanien und Frankreich zurückzuführen (–50 bzw. –19 Prozent). Die Einfuhren aus den Ländern, die nicht der Eurozone angehören, verringerten sich um 8,8 Prozent auf 418 Millionen Euro. Die Einfuhren aus dem übrigen Europa sanken um zwölf Prozent auf 383 Millionen Euro.

Die Einfuhren aus Amerika sowie aus Afrika sind gestiegen (+11 bzw. +3,6 Prozent). Rückläufig waren hingegen die Einfuhren aus Asien, diese sanken deutlich um 14 Prozent. Hauptgrund hierfür sind die rückläufigen Einfuhren aus China, die den Großteil des Einfuhrvolumens aus Asien darstellen (–12 Prozent). Auch die Einfuhren aus Australien und Ozeanien nahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6,5 Prozent ab.

Im gesamten ersten Quartal sanken die Ausfuhren um sieben Prozent auf 13,2 Milliarden Euro, die Einfuhren gingen um gegenüber dem Vorjahreszeitraum um zehn Prozent auf 9,5 Milliarden Euro zurück.

Knapp ein Fünftel der Erwerbstätigen arbeitet in den drei größten Städten

Die Zahl der Erwerbstätigen ist 2018 in den Landkreisen mit +1 Prozent etwas stärker gestiegen als in den kreisfreien Städten mit +0,8 Prozent. In den meisten kreisfreien Städten und Landkreisen nahm die Erwerbstätigkeit zu; lediglich in zwei kreisfreien Städten

sowie sechs Landkreisen nahm sie ab. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz 2018 um 0,9 Prozent auf gut 2,03 Millionen.

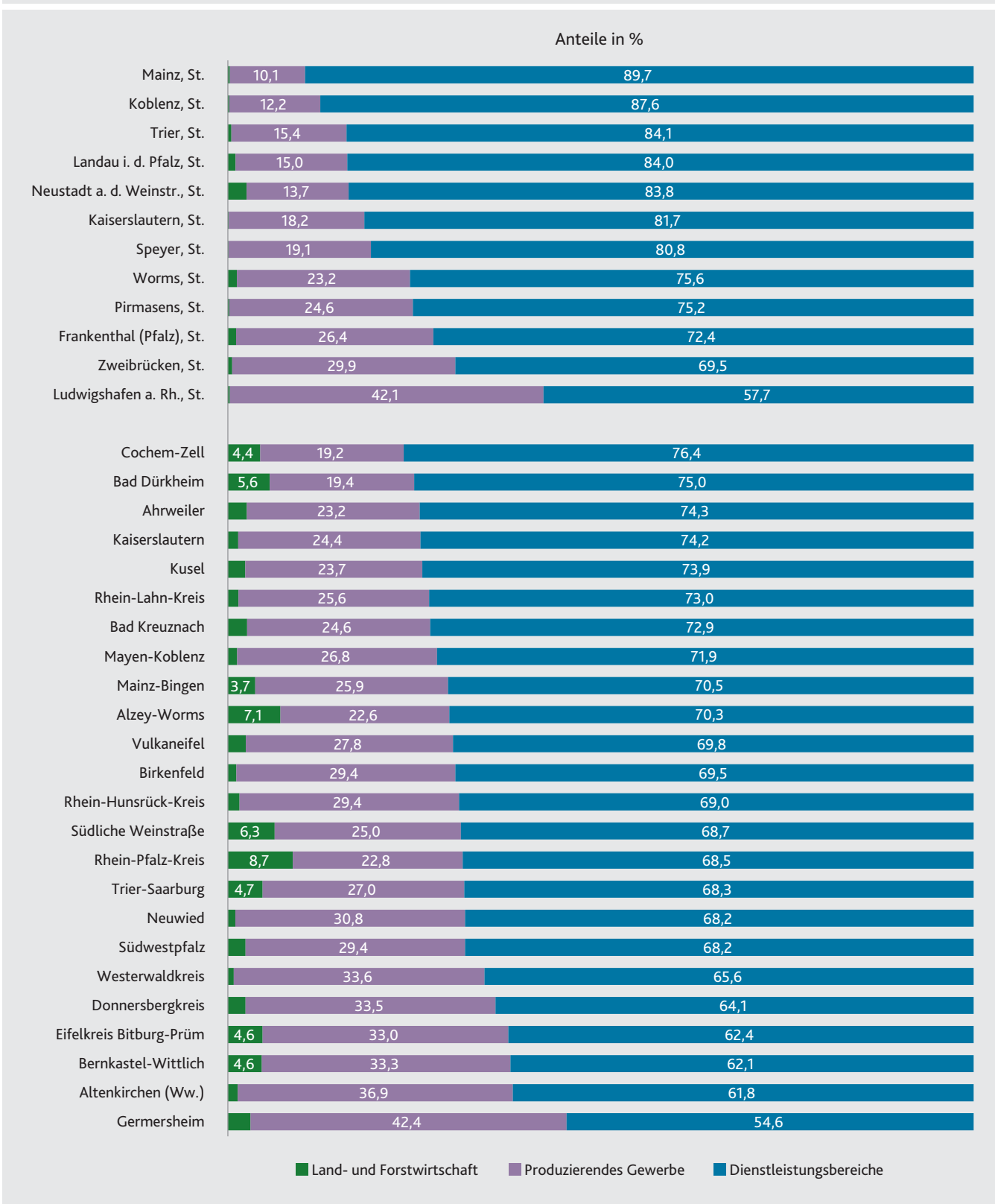
Davon arbeiteten 1,27 Millionen bzw. 62 Prozent in den 24 Landkreisen und 0,77 Millionen bzw. 38 Prozent in den zwölf kreisfreien Städten. Knapp ein Fünftel aller Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz arbeitete in den drei Städten Mainz, Ludwigshafen und Koblenz. Im Vergleich der Landkreise gab es die meisten Arbeitsplätze im Westerwaldkreis sowie in Mayen-Koblenz.

Typischerweise ist die Arbeitsplatzdichte in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen; viele Beschäftigte pendeln von den Landkreisen in die Städte. In Rheinland-Pfalz kamen 2018 in den kreisfreien Städten auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Schnitt 1 073 Erwerbstätige, in den Landkreisen waren es 653 Erwerbstätige. Wie schon in den Jahren zuvor wies die Stadt Koblenz die mit Abstand höchste Arbeitsplatzdichte auf. Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter kamen dort 1 434 Erwerbstätige. Den niedrigsten Wert aller 36 Verwaltungsbezirke verzeichnete der Landkreis Südwestpfalz mit 396 Erwerbstätigen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter.

In den kreisfreien Städten sind knapp vier Fünftel aller Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen tätig;



Erwerbstätige am Arbeitsort 2018 nach Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsbezirken





etwa ein Fünftel hat einen Arbeitsplatz im Produzierenden Gewerbe. Mit einem durchschnittlichen Erwerbstätigenanteil von 0,5 Prozent hat der Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ in den Städten nur eine sehr geringe Bedeutung. Den höchsten Anteil an Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe gibt es in Ludwigshafen (2018: 42 Prozent). Dagegen sind in Mainz 90 Prozent aller Erwerbstätigen in Dienstleistungsbereichen beschäftigt.

In den Landkreisen liegt der durchschnittliche Anteil der Dienstleistungsbereiche mit 69 Prozent deutlich niedriger als in den kreisfreien Städten. Gut 28 Prozent der Erwerbstätigen in den Landkreisen sind im Produzierenden Gewerbe tätig. Im

Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ arbeiten durchschnittlich drei Prozent der Erwerbstätigen. Einen besonders großen Anteil hat das Produzierende Gewerbe mit 42 Prozent im Landkreis Germersheim. Im Kreis Cochem-Zell arbeiten dagegen 19 Prozent der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe; hier stellen die Dienstleistungsbereiche mehr als drei Viertel der Arbeitsplätze. Den höchsten Erwerbstätigenanteil in der Landwirtschaft weist der Rhein-Pfalz-Kreis auf (8,7 Prozent).

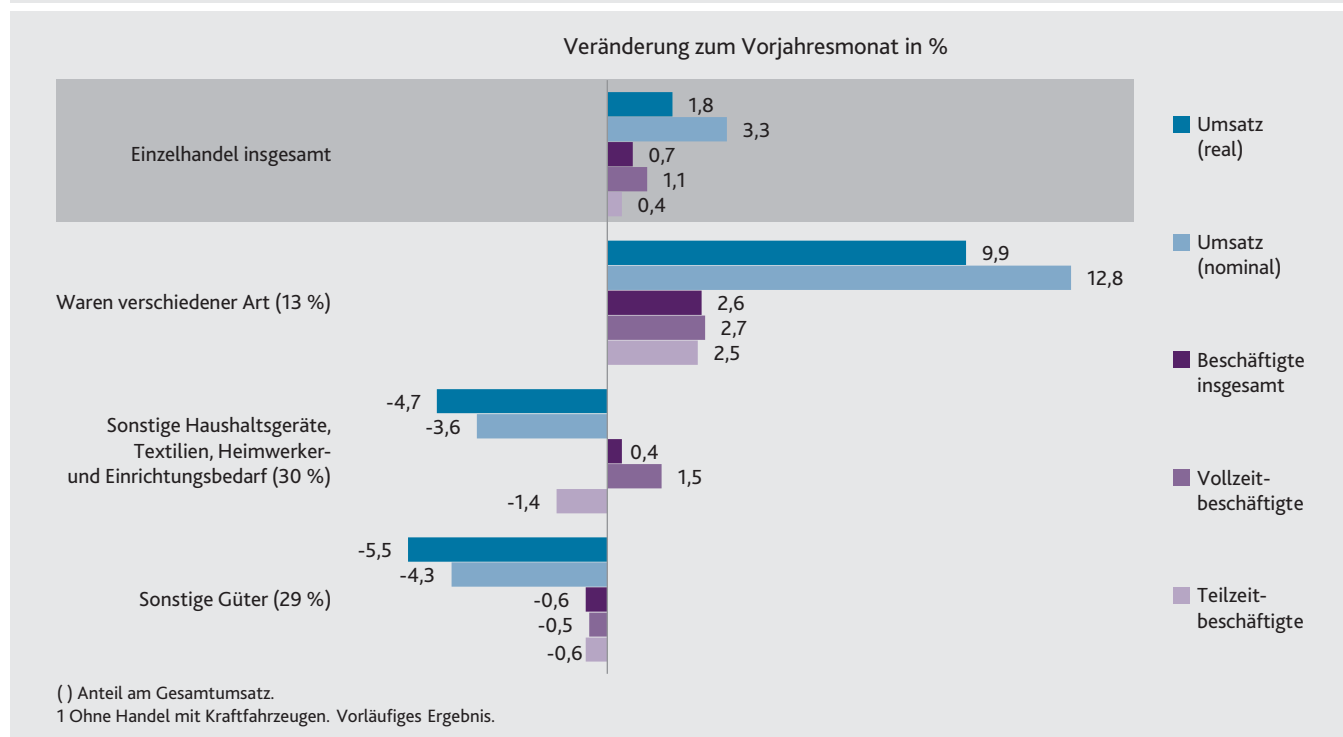
Die Struktur der Erwerbstätigkeit in den Landkreisen und kreisfreien Städten stellen wir in den Geowebdiensten mit Karten und Tabellen ausführlich dar: Erwerbstätigendichte, Produzierendes Gewerbe, Industrie, Bauge-

werke, Dienstleistungsbereiche, Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen, Öffentliche und sonstige Dienstleistungen. Neben den Karten gibt es jeweils einen Link zu einer sortierbaren Tabelle mit den entsprechenden Daten.

Einzelhandel im März: Plus bei Lebensmitteln, Rückgang bei Nicht-Lebensmitteln

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel war im März von den Folgen der Corona-Epidemie unterschiedlich betroffen. Der Lebensmittelhandel legte deutlich zu, im Non-Food-Bereich sanken die Erlöse. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, insgesamt um

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels¹ im März 2020





1,8 Prozent höher als im März 2019. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, stiegen die Erlöse um 3,3 Prozent. Der Umsatz im Einzelhandel mit Lebensmitteln erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresmonat real um elf Prozent, der Handel mit Nicht-Lebensmitteln verzeichnete Umsatzrückgänge um 5,2 Prozent.

In dem umsatzstärksten Bereich, dem „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ lagen die preisbereinigten Umsätze im März 2020 um 4,7 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Im „Einzelhandel mit sonstigen Gütern“, dem zweitgrößten Bereich, zu denen Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, sanken die realen Monatser-

löse um 5,5 Prozent. Die Umsätze im Handel mit Waren verschiedener Art, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören, konnten mit 9,9 Prozent ein klares Plus verzeichnen. Im Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie im Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik gab es mit jeweils –22 Prozent deutliche Umsatzeinbrüche.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag um 0,7 Prozent höher als im März 2019, wobei die Zahl der Vollzeitstellen um 1,1 und die der Teilzeitbeschäftigten um 0,4 Prozent stieg.

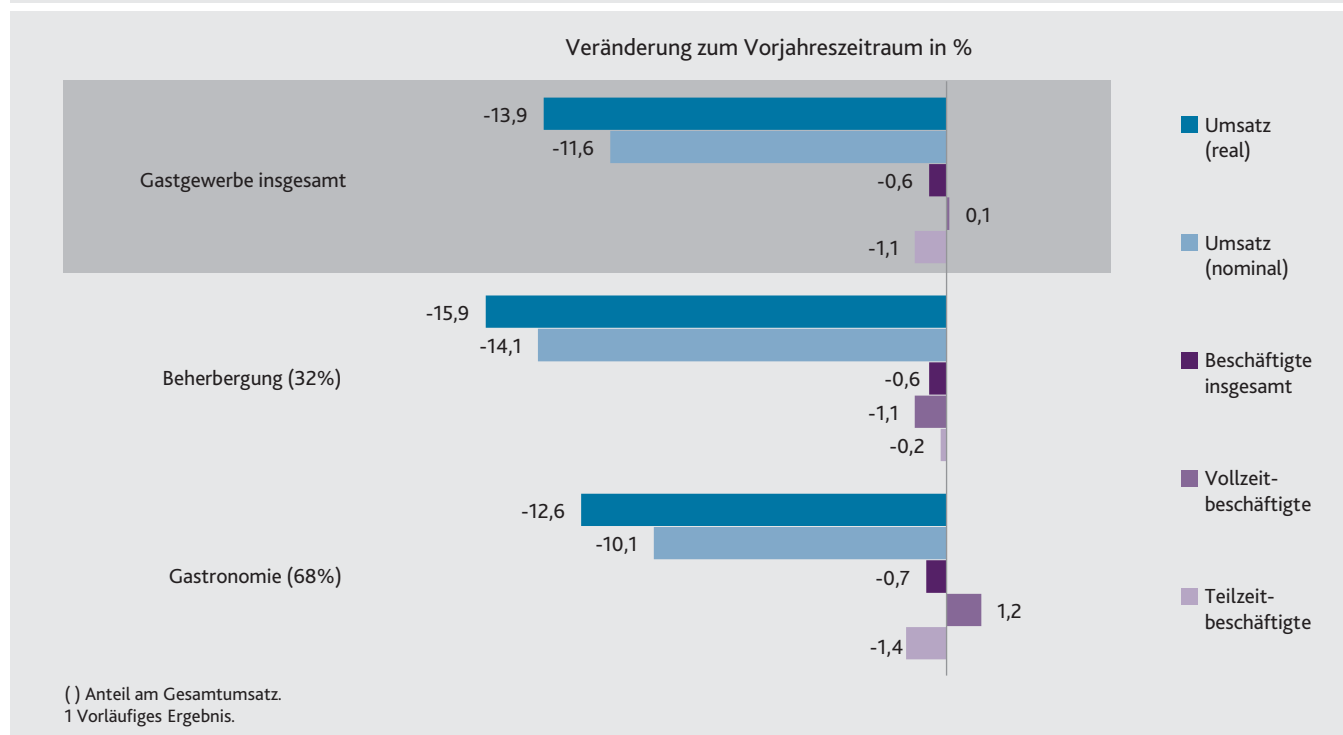
In den drei ersten Monaten lag die Zuwachsrate der realen Umsätze des rheinland-pfälzischen Einzelhandels

bei 3,1 Prozent (nominal +4,5 Prozent). Die Beschäftigtenzahl stieg im ersten Quartal um ein Prozent. Sowohl die Zahl der Vollzeitkräfte als auch die der Teilzeitkräfte entwickelte sich mit 0,7 Prozent bzw. 1,2 Prozent positiv.

Einschränkungen führen zu massiven Einbrüchen im Gastgewerbe

Die Einschränkungen für die Gastronomie sowie das Beherbergungsge- werbe infolge der Corona-Pandemie führten im März 2020 zu gravierenden Rückgängen im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe. Nach vorläufigen Berechnungen brachen im März 2020 die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 43 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ein.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe¹ im 1. Quartal 2020





Nominal bzw. in jeweiligen Preisen betrug der Rückgang 42 Prozent.

Von den Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus waren ausnahmslos alle Wirtschaftszweige im Gastgewerbe betroffen. In der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, reduzierten sich die Erlöse im März 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat real um 42 Prozent. In der speisengeprägten Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, betrug das Minus ebenfalls 42 Prozent. Die Umsätze der Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen brachen um 37 Prozent ein. Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe, das knapp ein Drittel der Umsätze des Gast-

gewerbes erwirtschaftet, waren die Abnahmen gegenüber März 2019 mit 45 Prozent noch höher.

In der Summe der ersten drei Monate sanken die Umsätze im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe nominal um zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal (real: -14 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe reduzierte sich im März 2020 um 7,3 Prozent. Dabei ging die Zahl der Vollzeitkräfte um 3,8 Prozent und die der Teilzeitkräfte um 9,2 Prozent zurück.

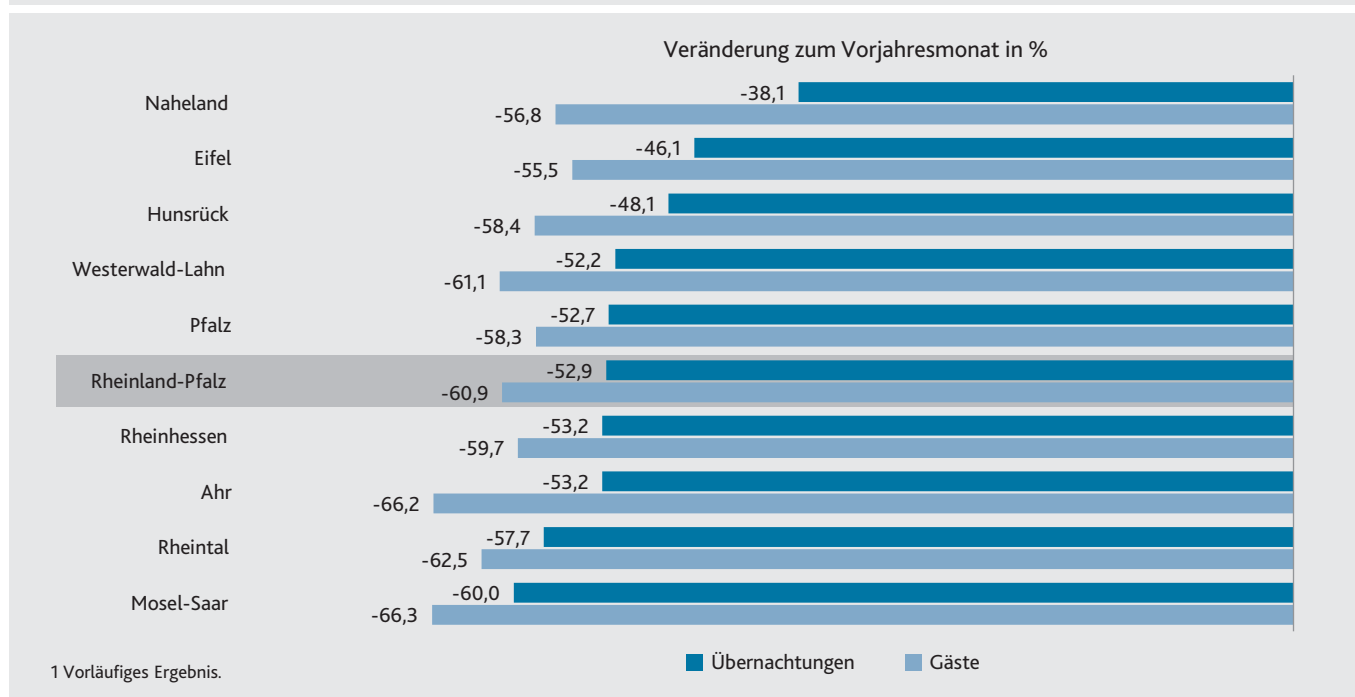
Im ersten Quartal sank die Beschäftigtenzahl um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Mit einem Wert von 0,1 Prozent blieb die Zahl der in Vollzeit Beschäftigten nahezu

unverändert; die Zahl der Teilzeitkräfte nahm dagegen um 1,1 Prozent ab.

Corona-Pandemie zeigt deutliche Auswirkungen auf den Tourismus

Die zur Eindämmung der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen im März dieses Jahres haben deutliche Auswirkungen auf den Tourismus. Übernachtungsangebote durften seit dem 17. März nur noch für notwendige, aber nicht mehr für touristische Zwecke genutzt werden. Diese Regelungen ließen die Gästezahlen in den rheinland-pfälzischen Tourismusbetrieben im März 2020 um 61 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat einbrechen. Die Übernachtungen betrugen weniger als die Hälfte der Werte von März 2019 (-53 Prozent). Insgesamt buchten im März 2020 knapp

Übernachtungen und Gäste im März 2020¹ nach Tourismusregionen





240 000 Gäste rund 707 000 Übernachtungen.

Von den Einbrüchen beim Übernachtungsaufkommen waren alle Tourismusregionen betroffen. Am stärksten reduzierte sich die Zahl der Übernachtungen in den Regionen Mosel-Saar und Rheintal (–60 bzw. –58 Prozent). Die Gästezahlen sanken in allen Regionen um mehr als die Hälfte. Auch hier ist die Mosel-Saar-Region zusammen mit der Region Ahr am stärksten betroffen (beide jeweils –66 Prozent).

Die deutlichsten Rückgänge gab es bei den Privatquartieren (Gäste: –76 Prozent, Übernachtungen: –72 Prozent) und den Campingplätzen (Gäste: –73 Prozent, Übernachtungen: –77 Prozent), also bei den Betriebsarten mit einem ausgeprägten touristischen Schwerpunkt. Aber auch bei den übrigen Betriebsarten lagen mit Ausnahme der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken die Rückgänge bei den Übernachtungen und Gästen im hohen zweistelligen Bereich. Aufgrund der medizinischen Ausrichtung der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken reduzierten sich hier die Übernachtungen um 7,4 Prozent und die Zahl der Gäste um 16 Prozent und lagen damit deutlich unter dem Niveau der anderen Betriebsarten.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat übernachteten im März 2020 mit einem Aufkommen von 205 500 rund 59 Prozent weniger Gäste aus dem Inland in Rheinland-Pfalz. Auf sie entfielen 607 300 Übernachtungen (–51 Prozent). Gleichzeitig wurden 34 400 Besucherinnen und Besucher

aus dem Ausland gezählt (–68 Prozent), die 99 600 Übernachtungen buchten (–63 Prozent).

In den ersten drei Monaten im Jahr 2020 besuchten 1,12 Millionen Gäste Rheinland-Pfalz. Das waren 21 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum 2019. Die Übernachtungen reduzierten sich um 17 Prozent auf 2,93 Millionen.

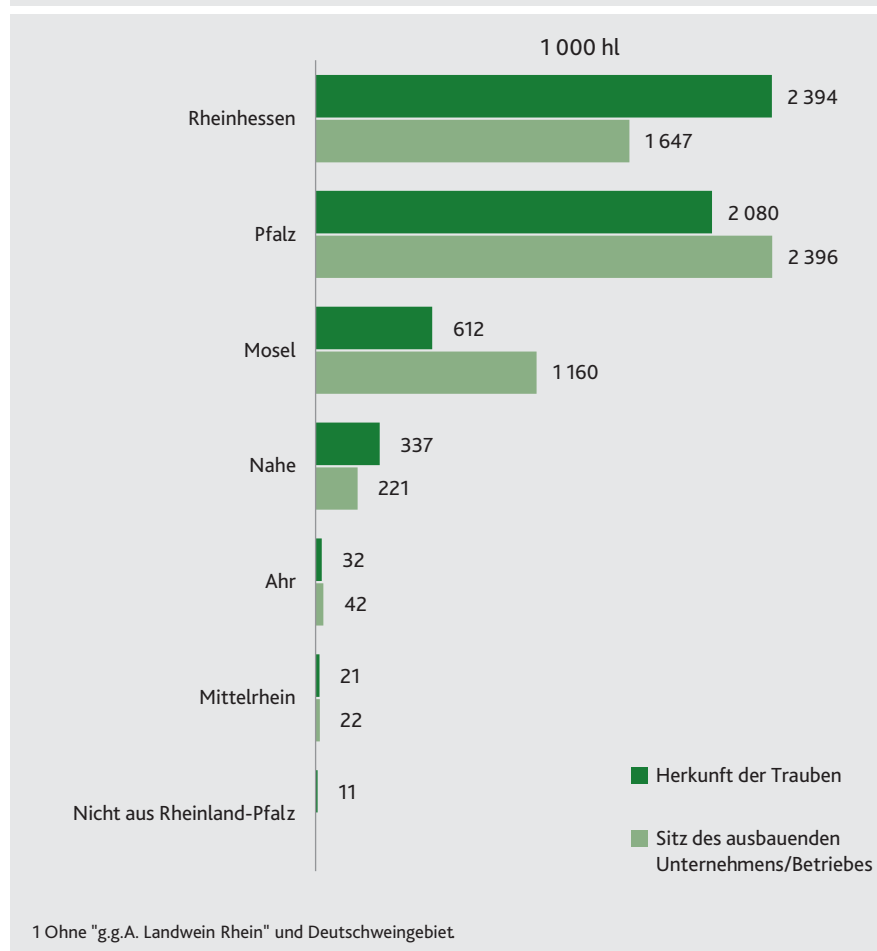
Weinjahrgang 2019 verfehlt lang-jährigen Mittelwert um 5,4 Prozent

Die Wein ausbauenden Betriebe und Kellereien in Rheinland-Pfalz erzeug-

ten aus der Traubenernte des Jahres 2019 rund 5,5 Millionen Hektoliter Wein und Most. Das waren 18 Prozent (1,2 Millionen Hektoliter) weniger als im Vorjahr. Der zehnjährige Mittelwert wurde um 5,4 Prozent verfehlt. Im Jahr 2019 wurden 22 Prozent zu Prädikats-, 73 Prozent zu Qualitäts- und fünf Prozent zu Landwein ausgebaut.

Auf die Erzeugung von Weißweinen entfielen 68 Prozent (3,7 Millionen Hektoliter). Davon wurden 64 Prozent zu Qualitäts- und 30 Prozent zu Prädikatsweinen verarbeitet. Beim

Weinerzeugung 2019 nach Anbaugebieten¹, Herkunft der Trauben und Sitz des ausbauenden Betriebes





Rotwein wird ein deutlich höherer Anteil als Qualitätswein vermarktet; im Jahr 2019 waren es 92 Prozent (1,6 Millionen Hektoliter). Insgesamt lag der Prädikatsweinanteil bei 22 Prozent, der Qualitätsweinanteil bei 73 Prozent.

Mit 2,4 Millionen Hektolitern wurde 2019 im Weinanbaugebiet Rheinhessen im Rahmen der Weinmosternte bzw. Erhebung der Weinernte eine im Vergleich zum Vorjahr um 16 Prozent reduzierte Menge eingefahren. Die Pfalz folgte mit 2,1 Millionen Hektolitern (–15 Prozent). An der Mosel, dem drittgrößten rheinland-pfälzischen Anbaugebiet, wurden 619 000 Hektoliter geerntet (–32 Prozent); an der Nahe waren es 339 000, an der Ahr 33 000 und am Mittelrhein 22 000 Hektoliter. Von Rebflächen außerhalb der im Weinrecht festgelegten Weinanbaugebiete (Deutschweingebiete) wurden 2019 gut 3 100 Hektoliter geerntet (+32 Prozent).

Die Weinerzeugung basierte in Rheinland-Pfalz zu 99,8 Prozent auf landeseigenen Trauben. Lediglich 0,2 Prozent (11 000 Hektoliter) wurden außerhalb von Rheinland-Pfalz zugekauft. Landesintern werden vor allem von Betrieben mit Sitz im Anbaugebiet Mosel Trauben aus anderen rheinland-pfälzischen Anbaugebieten zugekauft. Elf Prozent der rheinland-pfälzischen Weinernte wurden an der Mosel eingefahren. Demgegenüber wurden 21 Prozent der rheinland-pfälzischen Weine in Betrieben dieses Anbaugebiets erzeugt.

Knapp ein Sechstel der in Rheinland-Pfalz lebenden Britinnen und Briten ließ sich 2019 einbürgern

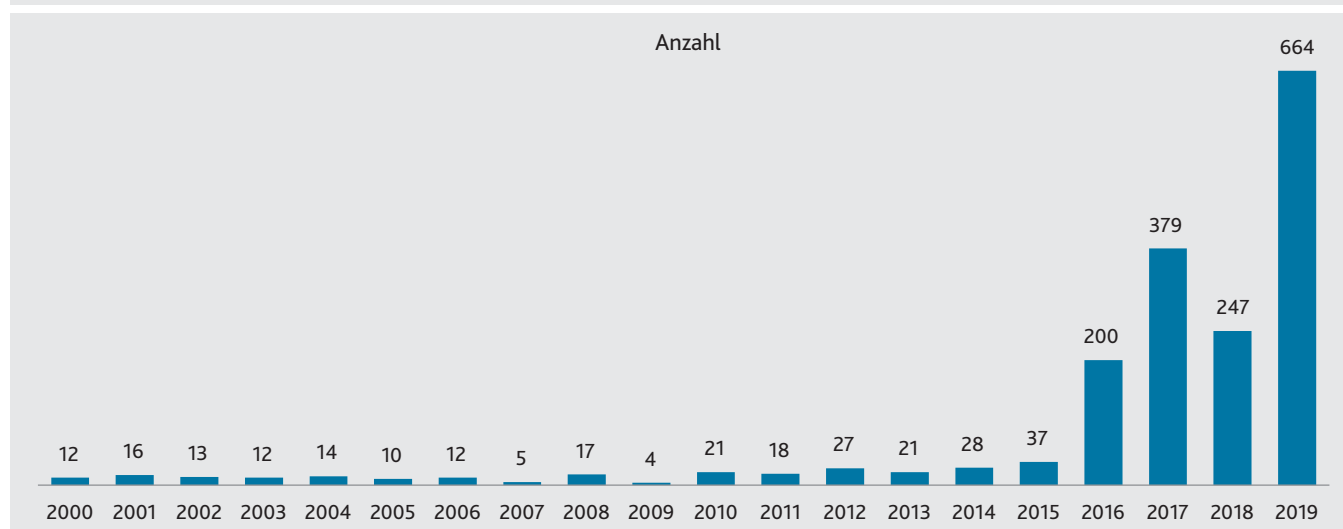
Im Jahr vor dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ließen sich so viele in Rheinland-Pfalz lebende Britinnen und Briten einbürgern wie noch nie zuvor. Es erhielten 664 Personen mit britischem Pass die deutsche

Staatsangehörigkeit. Bezogen auf die Gesamtzahl der zum Jahresende 2018 in Rheinland-Pfalz lebenden Britinnen und Briten entspricht dies einem Anteil von rund 16 Prozent. Sämtliche eingebürgerten Personen behielten ihre frühere britische Staatsbürgerschaft bei.

Insgesamt wurden 2019 in Rheinland-Pfalz 6 065 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Das waren 408 mehr als im Jahr zuvor (+7,2 Prozent) und so viele wie zuletzt 2007. Von den 2 779 Männern und 3 286 Frauen lebte knapp die Hälfte (49 Prozent) bereits 15 Jahre oder mehr in Deutschland. Im Durchschnitt waren die Eingebürgerten 36 Jahre alt.

Wird nur die erste bisherige Staatsbürgerschaft betrachtet, führen – wie in den Jahren zuvor – Türkinnen und Türken die Liste der am häufigsten eingebürgerten Nationalitäten an (653). Es folgen Personen aus dem

Eingebürgerte Britinnen und Briten 2000–2019





Vereinigten Königreich (651), Rumänien (324), Italien (323), Polen (320) und dem Kosovo (257). Unter Berücksichtigung einer gegebenenfalls vorhandenen zweiten Staatsbürgerschaft liegen Britinnen und Briten (664) knapp vor den Türkinnen und Türken (658) an der Spitze.

Bezogen auf die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer und dabei beschränkt auf Nationalitäten, die Ende des Jahres 2018 landesweit mit mindestens 500 Personen vertreten waren, ergibt sich die höchste Einbürgerungsneigung – gemessen an der ersten bisherigen Staatsbürgerschaft – bei Personen aus dem Vereinigten Königreich (16 Prozent), Kamerun (6,5 Prozent) und dem Irak (4,8 Prozent). Türkinnen und Türken belegen – unter Bezugnahme auf die jeweilige Zahl hier lebender Landsleute – mit 1,1 Prozent lediglich Rang 34, Rumäninnen und Rumänen mit 0,9 Prozent und Polinnen und Polen mit 0,7 Prozent die Ränge 41 bzw. 52.

Wie bereits in den Jahren zuvor wurde die mit Abstand höchste Zahl von Einbürgerungsurkunden in den kreisfreien Städten Ludwigshafen (612) und Mainz (560) ausgehändigt. Die wenigsten Einbürgerungen erfolgten in den Landkreisen Südwestpfalz (19) und Cochem-Zell (37) sowie in der kreisfreien Stadt Neustadt an der Weinstraße (37). Die höchste Einbürgerungsneigung hatten Ausländerinnen und Ausländer in den Landkreisen Ahrweiler (2,1 Prozent) und Birkenfeld (zwei Prozent) sowie in der kreisfreien Stadt Koblenz (ebenfalls zwei Pro-

zent). Die geringste Neigung gab es im Landkreis Südwestpfalz (0,4 Prozent), in der kreisfreien Stadt Neustadt an der Weinstraße und im Rhein-Hunsrück-Kreis (jeweils 0,6 Prozent).

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus lebten im Jahresdurchschnitt 2018 rund 233 900 Personen in Rheinland-Pfalz, die die deutsche Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung erhielten. Bei knapp 21 Prozent lag das Einbürgerungsdatum zehn Jahre oder weniger zurück. Über die Hälfte besaß die deutsche Staatsbürgerschaft infolge einer Einbürgerung bereits seit zwanzig oder mehr Jahren.

Nur geringe Hinweise auf Übersterblichkeit durch Corona-Pandemie

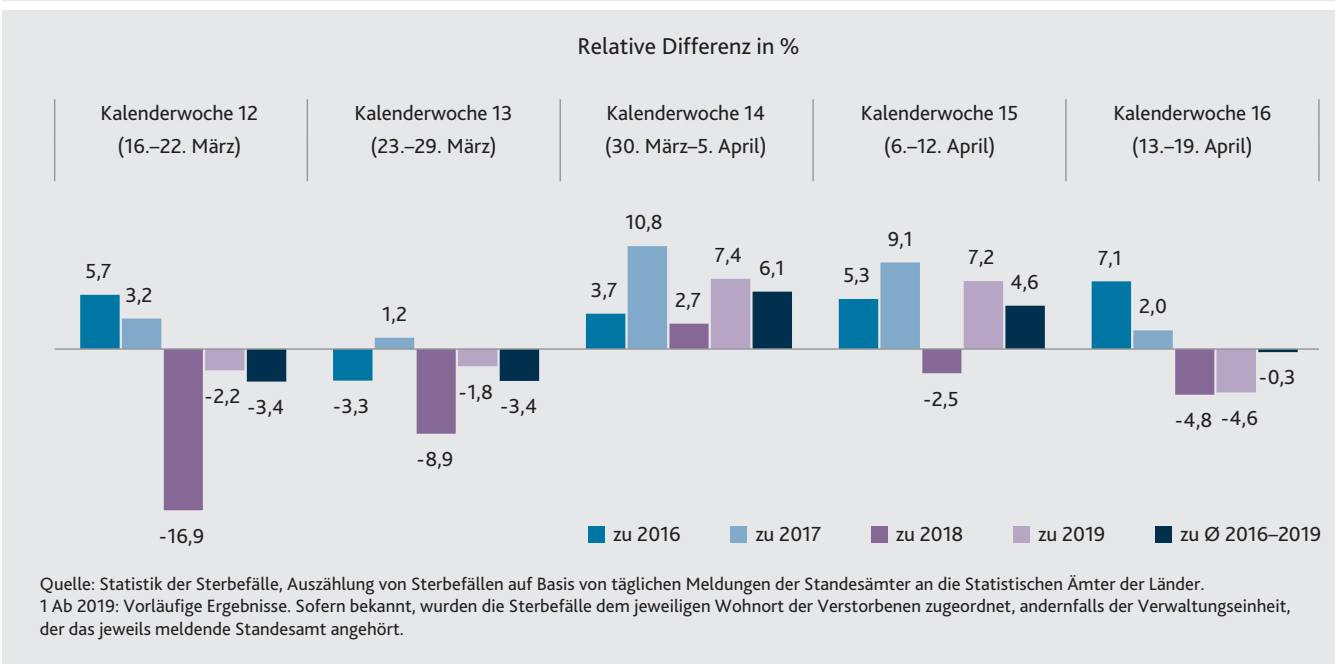
Eine Auswertung der vorläufigen Sterbefallzahlen des Jahres 2020 liefert in Rheinland-Pfalz bisher nur geringe Hinweise auf eine Übersterblichkeit im Zuge der Corona-Pandemie. Zwischen der 12. und der 16. Kalenderwoche 2020 – dem Zeitraum, in dem die ersten Todesfälle im Zusammenhang mit einer COVID-19-Erkrankung im Land gemeldet wurden – verstarben 4 732 Menschen. Das waren nach vorläufigen Zahlen der amtlichen Sterbefallstatistik nur drei mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2019.

Eine differenziertere Betrachtung der einzelnen Kalenderwochen deutet im Vergleich der letzten fünf Jahre nur in den Kalenderwochen 14 (30. März bis 5. April) und 15 (6. bis 12. April) auf eine erhöhte Sterblichkeit gegenüber

dem Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 hin (+6,1 bzw. +4,6 Prozent). In der 16. Kalenderwoche (13. bis 19. April), für die aufgrund des Meldeverzugs jedoch möglicherweise noch nicht alle Sterbefälle berücksichtigt werden konnten, stellen sich hingegen so gut wie keine Abweichungen gegenüber dem vierjährigen Durchschnittswert ein (–0,3 Prozent).

Seit Jahresbeginn sind in Rheinland-Pfalz vor allem im ersten Quartal weniger Menschen gestorben als im langjährigen Mittel. Das gilt auch dann, wenn die Veränderung der Bevölkerungszahl und der Wandel der Altersstruktur der Bevölkerung im Zeitverlauf berücksichtigt werden. Dazu dürfte u. a. der mildere Winter und die vergleichsweise kurze Influenzasaison beigetragen haben, nachdem Rheinland-Pfalz insbesondere im Winter 2017/18 eine der stärksten Grippewellen der letzten Jahrzehnte durchlebte. Berechnungen des Robert Koch-Instituts auf Bundesebene legen nahe, dass auch die politischen Maßnahmen, die seit Mitte März zur Eindämmung der Corona-Pandemie ergriffen wurden, – gewissermaßen als Nebeneffekt – zu einer Verkürzung der Grippe-saison 2019/20 beigetragen und damit höhere Sterbefallzahlen verhindert haben. Insbesondere die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten ist hier zu nennen, denn Kindern fällt bei der Verbreitung der jährlichen Grippe eine maßgebliche Rolle zu.

Unter den 4 732 Verstorbenen des Zeitraums 16. März bis 19. April 2020

Sterbefälle 2020 im Vergleich zu früheren Jahren nach Kalenderwochen (Stand: 15. Mai 2020)¹

befinden sich 2 378 Männer (+70 bzw. +3 Prozent gegenüber 2019) und 2 353 Frauen (-68 bzw. -2,8 Prozent gegenüber 2019). Rund 58 Prozent der Verstorbenen waren zum Todeszeitpunkt bereits 80 Jahre oder älter, knapp 34 Prozent waren zwischen 60 und 79 Jahren alt. Das entspricht einem Anstieg um 1,2 bzw. 0,2 Prozent gegenüber 2019. In der Gruppe der unter 60-Jährigen nahm die Zahl der Personen, die zwischen der 12. und der 16. Kalenderwoche 2020 verstarben, gegenüber dem Vorjahr um 7,1 Prozent ab.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nimmt weiter zu

Im Dezember 2019 erhielten 47 239 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer zur Sicherung des Lebensunterhalts staatliche Unterstützung in Form der Grundsicherung

im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch. Dies waren rund 390 Personen bzw. 0,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor. In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Kreis der Empfängerinnen und -empfänger um insgesamt rund 13 000 Personen bzw. 38 Prozent vergrößert.

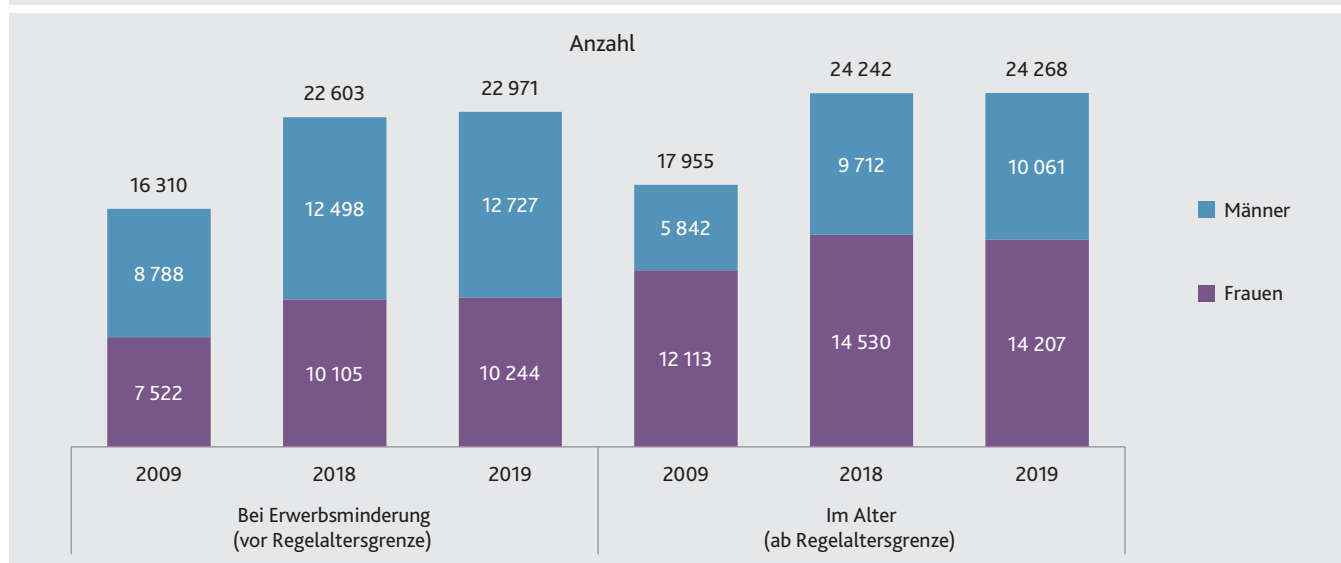
Zum einen handelt es sich bei den Empfängerinnen und Empfängern um knapp 23 000 Personen (Anteil: 49 Prozent), die dem Arbeitsmarkt wegen einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung nicht mehr zur Verfügung stehen. Diese Gruppe von Leistungsempfängerinnen und -empfängern ist gegenüber dem Vorjahr um knapp 370 Personen bzw. 1,6 Prozent größer geworden. Männer sind mit einem Anteil von 55 Prozent häufiger vertreten als Frauen.

Zum anderen erhielten rund 24 300 Personen oberhalb der Regelaltersgrenze Grundsicherung im Alter (Anteil: 51 Prozent); das waren lediglich 26 Personen bzw. 0,1 Prozent mehr als im Dezember 2018. Mit einem Anteil von 59 Prozent nehmen Frauen diese Leistung häufiger in Anspruch als Männer. Diese Relation hat sich im Zeitverlauf verschoben: Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Fallzahl der Männer um 3,6 Prozent, während bei den Frauen ein Rückgang um 2,2 Prozent zu beobachten war. Im längerfristigen Vergleich gegenüber 2009 stieg die Fallzahl bei den Männern (+72 Prozent) wesentlich stärker als bei den Frauen (+17 Prozent).

Regional zeigen sich große Unterschiede bei der Inanspruchnahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. So kamen in den



Empfänger/-innen von Grundsicherung 2009–2019 nach Art der Leistung und Geschlecht



kreisfreien Städten auf 1 000 volljährige Einwohnerinnen und Einwohner im Durchschnitt 20 Leistungsempfängerinnen und -empfänger, in den Landkreisen waren es dagegen nur zwölf. Werden ausschließlich Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter betrachtet, so fallen die regionalen Unterschiede noch größer aus: In den kreisfreien Städten kamen im Schnitt auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner, die die Regelaltersgrenze erreicht oder überschritten hatten, 49 Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter in den Landkreisen waren es nur durchschnittlich 22 Personen.

Deutliche Verdienstunterschiede in den „systemrelevanten“ Wirtschaftsbereichen

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst einschließlich Sonderzahlungen der vollzeitbeschäftigten

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich belief sich 2019 in Rheinland-Pfalz auf 50 557 Euro. Das waren rund 2,3 Prozent mehr als 2018. Erkennbare Unterschiede gab es zwischen den Wirtschaftsbereichen: Während eine Vollzeitkraft im Produzierenden Gewerbe im Durchschnitt 54 284 Euro verdiente, lagen die Jahresverdienste im Dienstleistungsbereich bei 48 090 Euro.

Noch deutlicher fallen die Verdienstunterschiede bei der Betrachtung einzelner Wirtschaftszweige aus. Vergleichsweise hoch wurden die Tätigkeiten in den Bereichen „Energieversorgung“ (69 609 Euro), „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ (66 771 Euro) sowie „Information und Kommunikation“ (64 619 Euro) vergütet. Diese Wirtschaftsabschnitte gehören zu der sogenannten kritischen Infrastruktur, die aufgrund

der Corona-Pandemie besonders im Fokus steht. Dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zufolge sind kritische Infrastrukturen „Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden“. Hierzu zählen die Sektoren Energie, Gesundheit, Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Medien und Kultur, Wasser, Finanz- und Versicherungswesen, Ernährung sowie Staat und Verwaltung.

Unterdurchschnittlich verdienten die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jahr 2019 in den systemrelevanten Wirtschaftsbereichen „Gesundheits- und Sozialwesen“ (49 039 Euro),

**Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2019 nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten**

¹ Einschließlich Sonderzahlungen. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

„Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ (48 574 Euro) sowie „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (46 390 Euro). Auch in den Bereichen „Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung“ und „Verkehr und Lagerei“ lag der jährliche Durchschnittsverdienst mit 43 430 Euro bzw. 37 669 Euro unter dem Durchschnittsverdienst.

Auch innerhalb der einzelnen Branchen bestanden 2019 deutliche Unterschiede: Während beispielsweise vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in

Krankenhäusern durchschnittlich 59 149 Euro und damit über dem jährlichen Durchschnittsverdienst von 50 557 Euro im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich verdienten, wurden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Pflegeheimen mit 39 191 Euro unterdurchschnittlich bezahlt.

Das individuelle Verdienstniveau wird in allen Branchen maßgeblich durch die ausgeübte Tätigkeit bestimmt. Am unteren Ende der Verdienstskala stehen die ungelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Leistungsgruppe 5). Mit 30 585 Euro

betrug der Bruttojahresverdienst einer Vollzeitkraft in der Leistungsgruppe 5 weniger als ein Drittel des Vergütungsniveaus der Leistungsgruppe 1 (Beschäftigte in leitenden Positionen). Hier lagen die jährlichen Bruttoverdienste bei 94 485 Euro.

Im Jahr 2019 sind die preisbereinigten Verdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozent gestiegen (Deutschland: +1,2 Prozent). Der Anstieg des Reallohnindex in Rheinland-Pfalz nach den endgültigen Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung lag damit um 0,1 Prozentpunkte über dem vorläufigen Wert vom 20. Februar 2020.

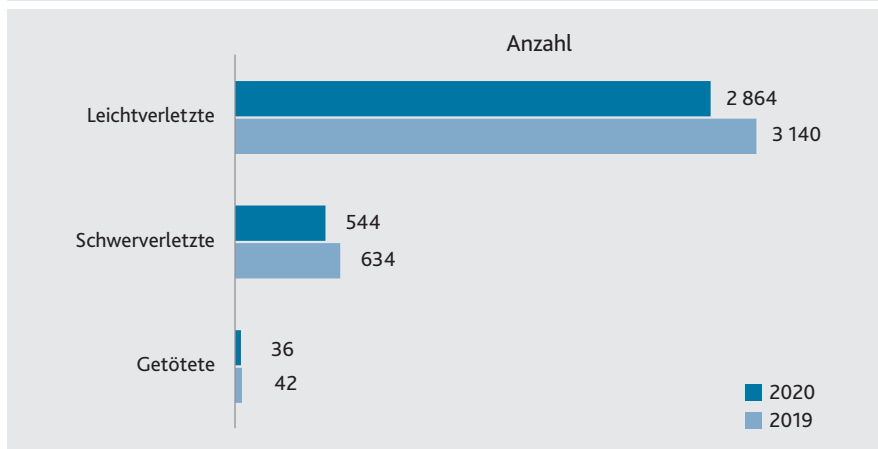
Der Reallohnindex wird errechnet, indem die Entwicklung der Verdienste der Preisentwicklung gegenübergestellt wird. Die nominalen Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen waren im Jahr 2019 um 2,3 Prozent höher als 2018. Damit fiel der Anstieg des Nominallohnindex niedriger aus als im Jahr zuvor (2018: +2,9 Prozent), lag aber nur etwas unter den deutschlandweiten Verdienstzuwächsen von +2,6 Prozent. Die Verbraucherpreise (Basis: 2015=100) stiegen im selben Zeitraum um 1,3 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent).

Einschränkungen wegen Corona sorgen im März für Tiefstand an Verkehrsunfällen

In Rheinland-Pfalz gab es im März so wenige Verkehrsunfälle wie in keinem anderen Monat der zurückliegenden



Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis März 2019 und 2020



zehn Jahre. Auch die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten lag deutlich unter den Werten der vergangenen Jahre. Neun Menschen verloren bei Unfällen ihr Leben, das war der zweitniedrigste März-Wert seit 2010.

Die geringen Unfallzahlen dürften im Zusammenhang stehen mit Einschränkungen aufgrund der Corona-Krise. So ist davon auszugehen, dass sich infolge der zum Schutz der Bevölkerung vor einer Infizierung mit dem Corona-Virus im März 2020 erlasse-

nen Beschränkungen die Anzahl der Verkehrsbewegungen im Straßenverkehr deutlich reduziert hat.

Im gesamten ersten Quartal verloren insgesamt 36 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ihr Leben, das waren sechs weniger als in den ersten drei Monaten 2019. Die Zahl der Schwerverletzten sank gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 14 Prozent auf 544. Auch die Anzahl der Leichtverletzten verminderte sich, und zwar um 8,8 Prozent auf 2 864.

Insgesamt nahm die Polizei in den ersten drei Monaten des Jahres 30 733 Verkehrsunfälle auf, das waren 7,1 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Monat März 2020 wurden lediglich 8 668 Unfälle registriert, rund 26 Prozent weniger als im März 2019.

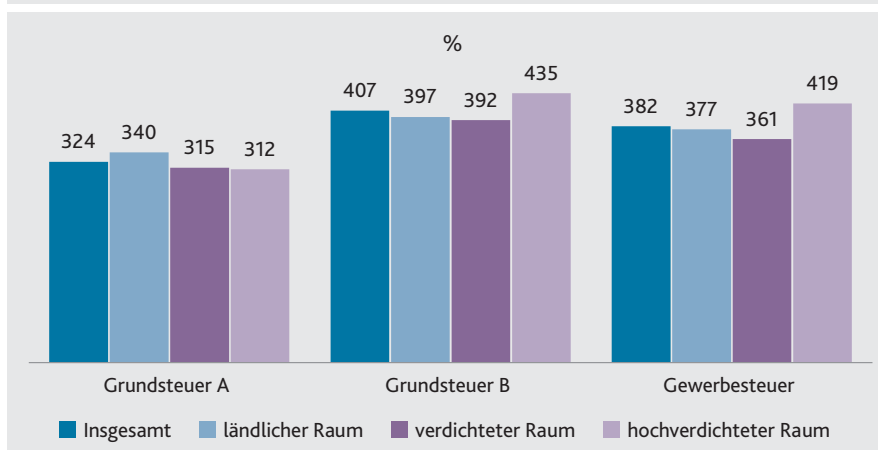
Höhere Hebesätze bei Grundsteuer B

Die Hebesätze für die Realsteuern steigen im Durchschnitt aller Kommunen in Rheinland-Pfalz in diesem Jahr leicht an. Anhand von Vorabmeldungen der Gemeinden errechnet sich für 2020 ein durchschnittlicher Hebesatz für die Gewerbesteuer in Höhe von 382 Prozent, das ist ein Prozentpunkt mehr als 2019. Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer A wächst um einen Prozentpunkt auf 324 Prozent; der für die Grundsteuer B steigt voraussichtlich um vier Prozentpunkte auf 407 Prozent.

Die Grundsteuer A wird auf land- und forstwirtschaftliche Flächen, die Grundsteuer B auf bebaute bzw. bebaubare Grundstücke erhoben. Rund sechs Prozent der 2 302 rheinland-pfälzischen Städte und Gemeinden erhöhen den Hebesatz der Grundsteuer B, bei der Gewerbesteuer heben drei Prozent, bei der Grundsteuer A fünf Prozent der Kommunen die Sätze an. Lediglich zehn Gemeinden (0,4 Prozent) verringern 2020 zumindest einen ihrer Hebesätze.

Bei der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer veranschlagen die

Hebesätze der Realsteuern 2020 nach Raumstrukturtypen





kreisfreien Städte im Durchschnitt einen deutlich höheren Hebesatz als die kreisangehörigen Gemeinden: Bei der Gewerbesteuer liegt der durchschnittliche Hebesatz in den kreisfreien Städten unverändert bei 423 Prozent, bei den kreisangehörigen Gemeinden bei 362 Prozent (+1 Prozentpunkt). Fünf der zwölf kreisfreien Städte erhöhen nach den bisherigen Meldungen 2020 ihren Hebesatz der Grundsteuer B; er steigt im Durchschnitt um neun Prozentpunkte auf 458 Prozent. In den kreisangehörigen Gemeinden wächst der durchschnittliche Hebesatz um zwei Prozentpunkte auf 385 Prozent.

Die Spannbreite der Hebesätze reicht bei der Grundsteuer A von 0 bis 900 Prozent, bei der Grundsteuer B von 0 bis 700 Prozent und bei der Gewerbesteuer von 310 bis 600 Prozent. Die hoch verdichteten Siedlungsräume weisen im Durchschnitt die höchsten Hebesätze bei der Grundsteuer B (435 Prozent) und der Gewerbesteuer (419 Prozent) auf. Der größte durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer A wurde für den ländlichen Siedlungsraum registriert (340 Prozent).

Die Zahlen sind vorläufig. Erfahrungsgemäß erfolgen nahezu alle Hebesatzänderungen bis Mai des

laufenden Jahres. Die Kommunen dürfen ihre Hebesätze im laufenden Haushaltsjahr jedoch noch bis zum 30. Juni erhöhen und bis zum 31. Dezember senken. Im Jahr 2019 machten hiervon sehr wenige Kommunen gebrauch.

Bundesweite Vergleichswerte für 2019 und 2020 liegen noch nicht vor. Mit den bisherigen Erhöhungen im Jahr 2020 sind die durchschnittlichen Hebesätze in Rheinland-Pfalz sowohl bei der Grundsteuer A und B als auch bei der Gewerbesteuer noch immer niedriger als im Bundesdurchschnitt des Jahres 2018.